

Diejenigen, die an der Klimazerstörung den geringsten Anteil haben, sind am Schlimmsten von den Folgen betroffen: wen treffen Flutkatastrophen und Dürrejahre, Wirbelstürme, Hochwasser und Waldbrände am ehesten? Die Vorbote der Klimakatastrophe sind inzwischen auch in Mitteleuropa angekommen.

Profit vor Klima

Obwohl die Entwicklung des Weltklimas und die Umweltveränderungen schon seit Jahrzenten bekannt sind, haben das Profitstreben und die entsprechende Politik der Regierenden rechtzeitige Umstellungen verhindert. Die Regierungen ließen den Energie- und Automobilriesen sowie den Agrarkonzernen freien Lauf, gewährten ihnen zum Teil Subventionen für Produktionen und Produkte, die nicht zukunftsfähig sind (fossile Stromerzeugung und Brennstoffe, Massentierhaltung usw.). Inzwischen haben die EU und nationale Regierungen mit den Industriekonzernen einen New Green Deal vereinbart, der die Rahmenbedingungen für die Profiterzielung abstecken soll.

Mit dem Rücken an der Wand werden jetzt die Klimaziele in atemberaubendem Tempo heraufgesetzt. Konkrete Ziele und Konzepte für die technologische und soziale Umsetzung bleiben vage. Der Umbau soll vorrangig mit marktkonformen Lösungen erfolgen. Wenn nichts mehr hilft, wird die Massenbelastung über eine CO2-Steuer erhöht. Nicht nur die Spritpreise, sondern fast alle Kosten des täglichen Bedarfs werden steigen. Gelder aus einem sog. Ausgleichsfond der EU, die den Belastungen entgegenwirken sollen, werden – so ist zu befürchten – bei den Menschen, die es wirklich brauchen, nicht ankommen. Die sozialen Interessen der arbeitenden Menschen bleiben auf der Strecke. Sie und die Beschäftigten in den Betrieben sollen die Zeche für den notwendigen schnellen Umbau zahlen.

Umbau der Industrie

Das Saarland mit seinen rund 80.000 Industriearbeitsplätzen ist von den Entwicklungen in besonderer Weise betroffen. Vor allem die Automobil und die Stahlindustrie stehen vor einem gewaltigen Umbruch.

Infobox:

Ich will:

- mehr Infos über die DKP
- ein kostenloses Probeabo der uz - Zeitung der DKP
- Mitglied der DKP werden

Name:.....

Anschrift:

.....

E-Mail:.....

Ausfüllen und absenden an:

DKP Saarland, Postfach 10 07 04 66007 Saarbrücken, dkp-saarland@arcor.de, www.dkp-saarland.de, v.i.S.d.M.: Thomas Hagenhofer

Der Mensch geht vor Profit!



Die aktiven Belegschaften in diesen Bereichen haben die Zeichen erkannt und fordern von ihren Bossen, neue Strategien und modernere Technologien und Lösungen, die ihre Arbeitsplätze zukunftssicher machen und die Arbeitsbedingungen verbessern. Dafür haben die saarländischen Stahlarbeiter im vergangenen Jahr bei ihrem „Walk of Steel“ nach Brüssel ein Signal gesetzt: **Klimafragen sind Klassenfragen.**

Einmal mehr zeigt sich: Das kapitalistische System hat die Krisen verursacht und kann die entscheidenden Fragen nicht lösen.

Planung und Mitbestimmung

Es fehlt die gesamtgesellschaftliche Planung und vor allem die gesellschaftliche Kontrolle über Produktion und Investitionen sowie Eingriffe in die Eigentumsrechte großer Unternehmen und Konzerne.

Wir fordern als ersten Schritt die Ausweitung der Mitbestimmung in den Betrieben und die Einrichtung von Klimaschutz- und Transformationsräten unter Beteiligung gesellschaftlich relevanter Organisationen wie Gewerkschaften, Umwelt- und Sozialverbänden auf allen Ebenen.

Die Kosten für den sozial-ökologischen Umbau müssen die tragen, die über Jahre an der umweltschädlichen Produktion verdient haben, die Großkonzerne, die Millionäre und die Superreichen. Wir unterstützen die Forderung nach einer Sonderabgabe auf große Vermögen (Öko-Soli und Profite). Wir erneuern die Forderung nach Einführung einer Millionärssteuer.

Wir fordern ein Verbot betriebsbedingter Kündigung für alle Großbetriebe in der Umbauphase. Schluss mit der Subventionierung und Vergeudung von Steuermitteln für neue Profitsphären..

Förderung von Wirtschaftsbereichen, die eine Befriedigung gesamtgesellschaftlicher Bedürfnisse als oberstes Ziel haben.

Schluss mit dem Prinzip: Profit vor Arbeit und Umwelt!

Die DKP erneuert ihre Position: Wir brauchen einen radikalen Politikwechsel! Aber ohne einen Systemwechsel wird es keine gesicherte Zukunft geben!

Bei diesen Bundestagswahlen:

Keine Unterstützung für eine Politik, die die Krisenlasten auf die arbeitenden Menschen abwälzt.

Keine Stimme für Parteien, die keine Alternative zur Profitlogik anbieten.



Bundestagswahlen 21: Für einen radikalen Politikwechsel in Bund und Land

Der Verlauf der Corona-Krise, auch mit ihren sozialen Auswirkungen, hat erneut gezeigt, dass wir dringend eine andere Politik brauchen, im Bund und bei uns im Saarland.

Gesundheit

Unser Gesundheitssystem ist schon lange vor Corona unter den neoliberalen Vorgaben kaputtgemacht worden. Privatisierung und Ausrichtung an betriebswirtschaftlichen Kennzahlen statt am Wohl von Patient*innen und den Interessen der Beschäftigten. Die Pandemie hat die Missstände richtig deutlich gemacht. Die Beschäftigten in den Krankenhäusern und Pflegeeinrichtungen arbeiten beständig an der Belastungsgrenze. Jede 5. Pflegekraft will den Beruf aufgeben. Diese Gesundheitspolitik tötet vor, in und auch nach der Pandemie. In jedem Jahr sterben tausende Menschen in Deutschland, weil durch den Pflegenotstand die Hygienebestimmungen nicht eingehalten werden können. Es geht nie um Leben und Gesundheit sondern um Profite und Kostenreduzierung.

Deshalb solidarisieren wir uns mit dem Pflegestreik der Gewerkschaft ver.di. Mehr von Euch ist besser für uns alle – eine verbindliche Personalbemessung für die Krankenhäuser und deutlich höhere Löhne in der Pflege müssen durchgesetzt werden. Schluss mit Krankenhausschließungen wie in Dudweiler!

Pandemiebekämpfung

Wie in der Gesundheitspolitik wird auch die Pandemiebekämpfung unter einer einzigen Prämisse durchgeführt: Die Profite insbesondere der großen Konzerne dürfen nicht leiden. Deshalb gab es keinen solidarischen Lockdown in der Wirtschaft, sondern Schul- und Kitaschließungen. Keine Einschränkung der nicht-lebensnotwendigen Produktion, sondern die Schließung von Kultureinrichtungen und der

Gastronomie. Darum wurde die Homeoffice-Pflicht wieder abgeschafft trotz der beginnenden vierten Welle. Deshalb gibt es keine Freigabe der Impfpflicht zur weltweiten Versorgung der Menschen mit Impfstoffen.

Reichen denn die über 1.000 Corona-Toten alleine im Saarland noch nicht, sollen jetzt Jüngere dran glauben? Man müsste über all die Verordnungen der Landesregierung zu Corona einen Warnhinweis schreiben wie auf Zigarettenpackungen: „Kapitalismus und Neoliberalismus schaden ihrer Gesundheit. Sie können tödlich sein und fügen Ihnen und den Menschen in Ihrer Umgebung erheblichen Schaden zu.“

Wir unterstützen deshalb die Initiativen und Kampagnen, die einen humanen und weltweit gerechten Umgang mit der Pandemie und die Aufhebung der Monopole der Impfstoff-Hersteller fordern, wie Zero Covid (www.zero-covid.org).

Wohnen

Ein weiterer Bereich, in dem das Versagen des Marktes deutlich wird, ist die Wohn- und Mietensituation. Im Saarland gibt es keine 500 Sozialwohnungen mehr. In Saarbrücken ist die Belastung durch hohe

Mieten bundesweit mit am höchsten. **Die DKP fordert einen bundesweiten Mietendeckel, tausende neue Sozialwohnungen müssen alleine im Saarland gebaut werden. Dazu bedarf es einer neuen Gemeinnützigkeit, wie sie die IG BAU und Sozialverbände fordern. Wohnen ist ein Menschenrecht. Deshalb muss die Profitmacherei mit Wohnungen beendet werden.**

Renten

Und zu allem Überfluss fordert das Großkapital nun weitere Rentenkürzungen und Verlängerung der Lebensarbeitszeit. Begründet werden diese Angriffe mit dem höheren

*Bildung und Infrastruktur? Kaputtgespart!
Kommunen und Pflege? Kaputtgespart!
Armut + Profite? Auf Rekordniveau!
Löhne? Unter Druck!*



**Stoppt die Kaputtsparer!
Große Koalition abwählen –
Millionäre zur Kasse!**

Lebensalter. Erstens gibt es dies für den ärmeren Teil der Bevölkerung nicht und zweitens kommt es nicht auf die Dauer der Lebensarbeitszeit an sondern auf die Werte, die in dieser Zeit neu geschaffen werden. Am stetig steigenden Bruttoinlandsprodukt ist leicht zu erkennen, dass die arbeitenden Menschen in diesem Land genügend leisten, um nicht nur das bestehende sondern ein besser ausgestattetes Rentensystem zu finanzieren. **Altersarmut muss endlich gestoppt werden! Alle Menschen haben ein Recht auf einen sorglosen Lebensabend - nicht nur die Reichen!**

Hartz-Gesetze

Gleichzeitig muss nach 16 Jahren endlich das Hartz-4-System abgeschafft werden, mit dem Druck auf alle Löhne gemacht und Armut per Gesetz verordnet wird. Im Saarland ist die skandalöse Kinderarmut weiter gestiegen, jedes fünfte Kind ist betroffen. **Die DKP fordert ein Ende der Sanktionen und eine menschenwürdige Absicherung durch eine neue Arbeits- und Sozialgesetzgebung. Ebenso ist die Leiharbeit als zusätzliches Ausbeutungsinstrument des Kapitals zu verbieten.**

Infrastruktur im Saarland

Die seit Jahrzehnten andauernde neoliberale Politik hat das Saarland kaputtgespart. Die Infrastruktur verkommt, an Schulen und Hochschulen fehlen Milliarden. Unsere Kommunen sind besonders betroffen. Nach Corona stehen die ohnehin desaströsen Kommunalfinanzen vor dem Kollaps. **Deshalb fordert die DKP, dass die ausgesetzte Schuldenbremse endgültig abgeschafft und die Kommunal- und Landeshaushalte entschuldigt werden. Kommunen müssen bedarfsgerecht und nicht nach Kassenlage finanziert werden.**

Abrüstung – alles spricht dafür

Die Rüstungsausgaben in Deutschland als auch weltweit steigen weiter. Im Rahmen der NATO sollen sich die Militärausgaben bis 2024 nahezu verdoppeln. Für 2021 meldete die Bundesregierung neue Rekorde: der „Verteidigungshaushalt“ erhält 2,8 Prozent mehr als 2020, nämlich 46,9 Milliarden Euro. Und im nächsten Jahr wird's noch mehr, geplant sind 50,3 Milliarden Euro. Damit ist der Rüstungshaushalt deutlich höher als beispielsweise der Bundeshaushalt für Bildung und Forschung (20,8 Mrd. Euro) oder der Haushalt des Bundesministeriums für Gesundheit (35,3 Mrd. Euro).

Deutschland ist mit seinen Rüstungsausgaben jetzt die Nummer 3 unter den NATO-Militärmächten und auf Platz 7 im Welt-Rüstungs-Ranking.

Die Steigerung geht vor allem auf die Erhöhung folgender Ausgaben des Rüstungshaushalts zurück: Höhere Ausgaben für Forschung, Entwicklung, Erprobung sowie Beschaffung



Finanzierung

Rechte Parteien gehen auf Stimmenfang und lasten all diese Missstände eingewanderten und geflüchteten Menschen an. Damit entlarven sie sich nicht nur als Rassisten. Sie hetzen genau die Menschen gegeneinander auf, die gemeinsam für eine andere soziale Politik kämpfen müssen. Denn in unserem Land fehlt es nicht an Reichtum, er wird nur immer ungleicher verteilt. Die wohlhabendsten zehn Prozent der Haushalte besitzen zusammen 60 Prozent des Gesamtvermögens. Die unteren 20 Prozent besitzen gar kein Vermögen. Etwa neun Prozent aller Haushalte sind verschuldet.

Humane Einwanderungspolitik

Die DKP sagt: Schluss damit! Wir brauchen dringend eine Umverteilung von oben nach unten durch eine Millionärs- und Vermögenssteuer sowie eine höhere Erbschaftssteuer. Damit lassen sich nicht nur die oben erwähnten Forderungen finanzieren, sondern auch eine humane Einwanderungspolitik, die sich nicht gegenüber dem Leid der Menschen abschottet sondern sichere Fluchtwege nach Europa ermöglicht. **Das Sterben auf der Flucht und die Lager der Schande an den Außengrenzen der EU müssen sofort beendet werden.**

Stoppen wir die GroKos in Bund und Land bei den kommenden Wahlen! Die DKP tritt im Saarland nicht zur Bundestagswahl an. Wir sagen deshalb: Wählt keine Parteien, die die Aufrüstung vorantreiben und die internationalen Spannungen weiter erhöhen. Gebt Eure Stimme nicht den rechten Parteien, die das Rentensystem weiter privatisieren wollen. **Unterstützt keine Parteien, die die Lasten der Corona-Krise auf die arbeitenden Menschen abwälzen wollen.**

neuer Waffensysteme (z.B. neuer Kampfpanzer, Radarsysteme, Drohnen, neue Kriegsschiffe). In den nächsten Jahren vor allem das neue Kampfflugzeugsystem FCAS (Future Combat Air System). Das hunderte Milliarden teure Luftwaffenprojekt soll ab 2040 Tarnkappenbomber mit Atombewaffnung, umgeben von autonom agierenden Drohnenschwärmen, eingeboren in Künstlicher Intelligenz, beinhalten. Die Regierungen Deutschlands, Frankreichs und Spaniens haben für die Luftfahrtkonzerne Airbus und Dassault in ihren Ländern bereits erste Finanzierungsschritte unternommen. FCAS soll der EU einen militärischen Weltmachtstatus beschern. Zu allem Übel werden auch noch die 20 Atombomben am Standort Büchel erneuert. Sie sollen lenkbar und zielgenauer werden. Damit sinkt die Hemmschwelle für ihren Einsatz.

Alle NATO-Staaten zusammengekommen haben einen Anteil von 56 Prozent der weltweiten Rüstungs-

ausgaben, Russland und China kommen zusammen nur auf 16 Prozent. Und es sind die USA und die NATO, die ein besonders aggressives Verhalten zeigen, durch Aufrüstung, Truppenverlagerungen bis an die russische Westgrenze und das Aufkündigen von Abrüstungsverträgen wie dem INF-Vertrag.

Gerade in Zeiten der Corona-Pandemie ist, wie unter einem Vergrößerungsglas, besonders deutlich geworden, wo es an Geld fehlt. Schulen sind in einem katastrophalen Zustand, Homeschooling oft nur sehr begrenzt möglich, da es an Hard- und Software fehlt. In der Alten- und Krankenpflege wird noch deutlicher, in welchem schlechten Zustand unser Pflege- und Gesundheitswesen ist: Fehlendes Personal und Ausstattung sowie eine unzureichende Bezahlung für die Beschäftigten kennzeichnen die Situation. Seit vielen Jahren werden von der Gewerkschaft ver.di diese Missstände angeprangert. Millionen Beschäftigte müssen mit Kurzarbeitergeld klar kommen, Soloselbständige und Studierende sind dringend auf Einkommenshilfen angewiesen.

So viel kostet uns die Rüstung

Eine sinnvolle Verwendung der Rüstungsausgaben wäre z.B.:

- Eine Flugstunde mit dem Kampfflugzeug EURO-FIGHTER: 67.852 Euro – Bau einer Sozialwohnung: 60.000 Euro
- „Rüstungsintensiven Ausgaben“ (etwa die Beschaffung von Waffensystemen aber auch Ausgaben für Bekleidung, Forschung, Entwicklung und Erprobung von Rüstung): 9,7 Mrd. Euro - Neubau von 80.000 Sozialwohnungen, die Schaffung von 75.000 Sozialwohnungen im Bestand und die



Schaffung von 60.000 Wohnungen im Segment des „bezahlbaren Wohnens“: 9,3 Mrd. Euro

- Unterstützung von US-Truppen in Deutschland: 243 Mio. Euro – dies entspricht den Kosten von etwa 22.000 Betreuungsplätzen in Kitas und in der Kindertagespflege

- Ein Schützenpanzer des Systems PUMA: 15 Mio. Euro - entspricht dem monatlichen Eigenanteil von mehr als 7200 Pflegebedürftigen für einen Pflegeplatz oder dem Jahresgehalt von mehr als 400 Altenpfleger*innen
- Geplanter Kauf von 45 F-18-Kampfflugzeugen: geschätzte 7,47 Mrd. Euro – Finanzierung von 100.000 Intensivbetten, 30.000 Beatmungsgeräte, 60.000 Pflegekräfte und 25.000 Ärzt*innen
- Bereits mit der Hälfte der derzeitigen weltweiten militärischen Ausgaben (etwa 1.644 Milliarden Euro) könnte die Klimakrise effektiv gestoppt werden

Die noch amtierende Verteidigungsministerin Annegret Kramp-Karrenbauer (AKK) strebt eine weitere

Steigerung der Rüstungsausgaben auf 2% der Wirtschaftsleistung bis 2031 an. Dies würde eine Verdopplung auf fast 100 Mrd. Euro jährlich bedeuten. Dieses Geld wird in vielen anderen Bereichen dringend benötigt.

Prüfen wir also zur Bundestagswahl, was die Parteien wollen: Weiter steigende Rüstungsausgaben wie AKK und ihre CDU? Den Einsatz bewaffneter Kampfdrohnen, wie sie Bündnis 90/Die Grünen befürworten? Weitere Investitionen im „Verteidigungshaushalt“ u.a für die Bundeswehrausrüstung alla SPD? Oder konsequente Abrüstung, für Frieden und gegen sozialen Kahlschlag?

Arm und Reich – beim Klima gleich? Für gesunde Umwelt und Klimaschutz

Die Kluft zwischen Arm und Reich vertieft sich immer mehr. Weltweit gibt es 2189 Vermögensmilliardäre, davon leben 119 in Deutschland. Die Vermögen der Ultrareichen haben im Jahr 2020 ein Rekordhoch von 10,2 Billionen Dollar erreicht. Laut Credit Suisse ist die Zahl der Millionäre in Deutschland auf 2,1 Millionen Reiche gestiegen. Die andere Seite der Gesellschaft: die Armutsquote lag bereits 2019 bei 15,9 Prozent und ist durch Corona inzwischen weiter gestiegen.

Auch in der Klimafrage sind die Gewinner und Verlierer ungleich verteilt. In Deutschland sind laut einer Studie von Oxfam die 10 Prozent der Reichsten für 26 Prozent der deutschen CO2-Emissionen verantwortlich. Die größere ärmere Hälfte der Deutschen, 41,5 Millionen, hat 29 Prozent des CO2-Ausstosses verursacht. Je höher der Lebensstandard und Luxuskonsum und dauernde Mobilität rund um den Erdball,

desto stärker ist der Umweltverbrauch. Die exzessiven CO2-Emissionen der Reichsten gehen auf Kosten aller. Vor allem dieser muss eingeschränkt werden.

Reichtum und Klima

Den arbeitenden Menschen wird vorgegaukelt, es gäbe einen unüberbrückbaren Widerspruch zwischen Arbeit und Umwelt. Von den eigentlichen Verursachern soll abgelenkt werden, die Profite der Reichen und Konzerne nicht angetastet werden. Niemand soll auf die Idee kommen, dass die Kapitalbesitzenden und ihre Interessen die größte Gefahr für Klima und Arbeitsplätze sind.

Weltweit wächst die Ungleichheit. Ein Zehntel der Menschen, also die Reichen und Superreichen, erzeugen fast die Hälfte der weltweiten Emissionen. Die Ärmern verursachen ein Zehntel der Verschmutzung.